

## Mitgliederzeitung des CDU-Kreisverbandes Bonn

### Aus dem Landesverband Rheinland-Pfalz

## Gleichberechtigung ist nicht verhandelbar

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

Die Würde des Menschen ist unantastbar – für mich der schönste Satz aus dem Grundgesetz, auch weil er so klar ist. Die Rede ist nicht von der Würde der Deutschen, sondern jedes Menschen.

Die Welle der Hilfsbereitschaft und Menschlichkeit gegenüber Flüchtlingen, die wir gerade in unserem Land sehen, die unschätzbare Leistung von ehrenamtlichen und amtlichen Helfern, lösen diesen Grundrechtsartikel ein. Egal ob Kriegsflüchtling, der bleibt, oder ein Migrant ohne Asylgrund, der unser Land wieder verlassen muss – jeder Mensch, der zu uns kommt, muss bei uns anständig und menschenwürdig behandelt werden.

Wer bei uns Schutz vor Verfolgung, Folter oder Tod sucht, wer auf der Flucht zudem in Kälte und Matsch kampieren muss, dem reichen wir die Hand und bieten Sicherheit. Da können wir es nicht zulassen, dass diese Menschen bei uns beleidigt, eingeschüchtert oder gar angegriffen werden.

Viele Bürgerinnen und Bürger haben aber Fragen, auch Sorge und Angst im Angesicht der Flüchtlingskrise. Es muss möglich sein, das frei und offen auszusprechen, ohne gleich als Fremdenfeind denunziert zu werden. Die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln, aber auch in anderen Städten, haben gezeigt, dass wir ohne Scheuklappen über Probleme im Bereich der Integration reden müssen. Wer in diesen Situationen aber hetzt, zu verbaler oder körperlicher Gewalt greift, darf das nicht straffrei tun. Gleichzeitig müssen wir über Grenzen reden, im dreifachen Wortsinn. Ich meine unsere Landesgrenzen und die Grenzen unserer Belastbarkeit, aber auch den Rahmen unserer Rechts- und Werteordnung – alles das hängt miteinander zusammen und muss geachtet und geschützt werden.

Unsere Gesetze unterscheiden sich teilweise fundamental von denen der Heimatländer vieler Flüchtlinge. Freiheitsrechte stehen dort höchstens auf dem Papier, die Religion ist das bestimmende Element der Gesellschaft, Minderheiten werden unterdrückt.

Die Integration der Neuankömmlinge bedeutet also das Einfügen in eine gesellschaftliche Ordnung, die Vielem, was sie bisher kannten, widerspricht. Das beginnt mit dem Rechtsstaat: Niemand und nichts, auch keine heilige Schrift, steht über dem Gesetz. Hart erkämpfte Grundrechte, wie Meinungs- und Religionsfreiheit oder die Gleichberechtigung von Mann und Frau, sind bei uns nicht verhandelbar. In Deutschland garantiert das Grundgesetz eine Vielzahl an Freiheiten, aus denen aber auch Pflichten erwachsen. Dabei darf es keinen religiösen oder kulturellen „Rabatt“ geben. Es gilt, und zwar nicht für die einen für ein bisschen mehr, die anderen ein bisschen weniger. Es gilt für alle gleich.

Deutschland ist ein aufgeklärtes, offenes Land mit einer Diskussionskultur, in der jede Meinung ihren Raum hat – auch, wenn es um Religion geht. Darüber kann man sich ärgern, das kann sogar verletzend sein – aber das muss jeder aushalten. Genauso,

wie auch jeder die Gleichberechtigung von Mann und Frau, für die so viele lange gekämpft haben, akzeptieren muss. In Deutschland und Europa haben Frauen die



Julia Klöckner, Vorsitzende des Landesverbandes Rheinland-Pfalz

gleichen Rechte und Pflichten wie Männer. Dazu gehört, dass Frauen in leitender Position tätig sind, Ärztinnen Menschen beiderlei Geschlechts untersuchen, Polizistinnen, aber auch alle anderen Beamtinnen, den Staat und sein Gewaltmonopol vertreten. Es gibt also Konstellationen, in denen sich auch männliche Neuankömmlinge den Weisungen einer Frau unterwerfen, mit ihr zumindest auf Augenhöhe umgehen müssen. Dies anzuerkennen ist für das Funktionieren des Zusammenlebens unabkömmlich. Gewalt, gerade auch sexualisierte Gewalt, hat in unserer Gesellschaft keinen Raum, ganz gleich, von wem sie ausgeht. Ich verstehe dann auch nicht, dass manche Politikerinnen, die ihr Leben lang zu Recht für die Gleichberechtigung der Frauen eingetreten sind, ein herabwürdigendes Verhalten Frauen gegenüber kleinreden oder ganz ignorieren wollen. Wir müssen die bei uns geltenden Rechte und Werte mit den Mitteln des Rechtsstaats konsequent verteidigen.

In diesem Zusammenhang steht auch meine Forderung nach einem Verbot der Vollverschleierung in Deutschland. Hier geht es nicht darum, die freie Religionsausübung einiger weniger Frauen einzuschränken, die alle freiwillig vollverschleiert sind. Vielmehr ist die Vollverschleierung ein deutlich sichtbarer Ausdruck der Abgrenzung von unserer Werteordnung und unseres Menschenbilds, dem wir entgegnetreten müssen. Dabei sind die Frauen unter den Schleiern aber nicht die Schuldigen, sondern die Opfer. Die, die sich von unserer gesellschaftlichen Ordnung bewusst abgrenzen, die unsere Lebensweise verachten und deshalb Frauen in die Vollverschleierung zwingen, sind meist fundamentalistisch orientierte Männer, die selbst alle Vorzüge des westlichen Lebens für sich beanspruchen. Das Argument, diese Frauen verhüllten sich doch freiwillig, kann

ich deshalb nicht gelten lassen. Welche Wahl haben denn Frauen, die ohne Zustimmung ihres Mannes oder sogar Sohnes noch nicht einmal das Haus verlassen dürfen? Auch die Aussage, hier handele es sich nur um wenige Einzelfälle, die man vernachlässigen sollen, kann ich nicht gelten lassen. Unrecht ist Unrecht, unabhängig von der Menge. Das ist im Straßenverkehr, im Steuerrecht, in jedem anderen Lebensbereich so – umso mehr sollte es bei den Grund- und Menschenrechten gelten.

Wir kommunizieren mit offenem Visier und auf Augenhöhe. Zu dieser zwischenmenschlichen Kommunikation, die elementarer Bestandteil des Miteinanders ist, gehört auch die Mimik des Gegenübers. Die Vollverschleierung steht dieser Offenheit, die unerlässlich für die Integration ist, entgegen. Wir verteidigen mit dem Verbot einer Vollverschleierung Werte, die nicht verhandelbar sind.

Diese Werteordnung beschreibt die Grundfesten unserer Gesellschaft – wie die tragenden Wände und Säulen eines Hauses. Bei der Integration von Flüchtlingen werden wir diese nicht einreißen oder verschieben. Vielmehr geht es darum, sie kenntlich zu machen und auch zu erklären. Dazu gehört auch die Botschaft, dass unsere Grund- und Werteordnung kein Bauchladen ist, aus dem sich jeder nach Belieben bedienen kann, sondern Pflichtprogramm für jeden.

Deshalb hat die CDU in Rheinland-Pfalz ein Integrationspflichtgesetz vorgeschlagen, nach dem bekannten Motto: Fordern und Fördern. Dieses findet sich in der „Karlsruher Erklärung“ wieder, die wir auf dem Bundesparteitag im Dezember verabschiedet haben. Insbesondere zählt dazu auch die Pflicht, die deutsche Sprache als wichtigsten Zugangsschlüssel zu unserem Haus, unserer Gesellschaft zu erlernen – im Eigeninteresse der Menschen, die zu uns kommen: Das ist keine freiwillig zu erbringende Leistung, sondern die Grundlage jeder erfolgreichen Integrationsgeschichte. In der Mainzer Erklärung des CDU-Bundesvorstands haben wir diese Forderungen nochmals bekräftigt und uns auch mit der Frage straffällig werdender Flüchtlinge beschäftigt. Wir wollen, dass eine strafrechtliche Verurteilung stärkeren Einfluss auf das Asylverfahren und den Aufenthaltsstatus des Betroffenen hat. Wer das Gastrecht missbraucht, ist uns nicht willkommen.

Dies sind bewegte, bewegende Zeiten von historischer Bedeutung. Es liegt heute an jedem Einzelnen von uns, die Zukunft erfolgreich mitzugestalten. Dazu müssen wir jetzt beherzt vorgehen: Fördern und Fordern, offenes Herz und konsequente Durchsetzung des Rechts, Ideen statt Ideologien. Nur so wird unsere aufgeklärte Gesellschaft das bleiben, was sie ist: offen, chancengleich und gerecht.

Ihre



## Editorial



Liebe Mitglieder der Bonner CDU,

während die „Flüchtlingskrise“ Menschen und Medien vollkommen beherrscht, geraten andere wichtige Entscheidungen in Bonn in den Hintergrund. Ich möchte noch einmal auf eine wichtige Entscheidung zurückblicken: Wir haben im Dezember letzten Jahres eine bedeutende Abstimmung im Rat der Stadt Bonn getroffen. Durch den opportunistischen Wandel der SPD-Fraktion wurde der Baustart des Viktoriakarrees gestoppt. Seit Jahren ist der Stadt Bonn klar, dass der Bereich zwischen Rathausgasse und Franziskanerstraße großräumig neu gestaltet werden muss. Seit Jahren steht das Viktoriabad leer und der Innenbereich der Immobilie verkommt. Seit langem sucht man einen Investor, der den Bereich zu einer baulichen Einheit entwickelt. Dabei sollte eine Vielzahl an Wünschen der Stadt beachtet werden. Unter anderem sollte die Universität als wichtiger Ankermieter großräumig und zeitnah integriert werden. Leider hat die Initiative Viva Viktoria, die von dem Unternehmer Axel Bergfeld als „spiritus rectus“ mitgegründet wurde, es geschafft, die Arbeit der Verwaltung, die Arbeit des Investors und die Entscheidung des Rates zu stoppen. 25.000 Unterschriften haben einen demokratischen Entschluss verhindert. Die Opposition aus SPD, Grünen und Linken hat zudem verhindert, dass wir einen echten Bürgerentscheid bestimmen, bei dem alle Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden!

Am Beispiel dieses Baustopps haben sich viele Probleme in Bonn parallel gezeigt: Wir haben einen schwierigen Koalitionspartner, wir haben eine kaum mögliche Zusammenarbeit mit der SPD und wir haben erleben müssen, dass Bonn eine planungsunfreundliche Stadt ist. Ich frage mich, welche Investoren Bonn noch als lukrativ ansehen, wenn eine Bürgerinitiative vor Ort die Entscheidungen des Rates nicht durch politische Legitimation, sondern durch Lautstärke „überstimmen“ kann.

Bürgerwerkstätten mögen ein nettes politisches Instrument sein, aber Investoren investieren nicht in die Wünsche der Bürger, sondern sie verfolgen wie jeder Hausbauer auch ein eigenes Ziel. Als Politiker wirken wir sehr wohl auf die Belange der Anwohner ein. Daher hatten wir auch einen Katalog an Wünschen den möglichen Investoren vorgelegt. Der einzige finanziell darstellbare Entwurf stammte von der Signa-Investorengruppe. Obwohl sich die CDU weiter für eine Bebauung einsetzen wird, sehe ich, wie im Falle der Südüberbauung, auf absehbare Zeit leider keinen wesentlichen Fortschritt.

Ich wünsche Ihnen eine schöne fünfte Jahreszeit!

Bonn Alaaf



# Innenminister Jäger ist ein Sicherheitsrisiko für NRW

CDU Landtagsfraktion beantragt Untersuchungsausschuss

Von Andrea Milz Mdl

Am 14.1.2016 fand die Sondersitzung des Landtags zu den Ereignissen am Kölner Hauptbahnhof in der Silvesternacht statt. Die furchtbare Orgie sexueller Gewalt mitten in der größten Stadt von Nordrhein-Westfalen hat den Kölner Hauptbahnhof und die Domplatte zeitweise zu einem rechtsfreien Raum und einer No-Go-Area für Frauen gemacht. Was in Köln passiert ist, hätte nicht passieren dürfen. Der Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Sicherheitsbehörden dieses Landes ist immens. Dafür trägt die Landesregierung, insbesondere der Innenminister, die politische Verantwortung. Ministerpräsidentin Kraft muss nun die vollständige Aufklärung sicherstellen und mit sinnvollen Gegenmaßnahmen dafür sorgen, dass sich Gewalttaten wie in Köln nicht wiederholen. Ihr Innenminister ist dazu nicht bereit. Er offenbart seit Tagen ein fragwürdiges Amtsverständnis, indem er so tut, als ginge ihm die operative Arbeit der Landespolizei nichts an. Anstatt seine Verantwortung als Minister anzuerkennen und wahrzunehmen, schiebt er diese auf nachgelagerte Behörden



Andrea Milz Mdl

und Beamte ab. Der Vertrauensverlust der Menschen in die Landesregierung ist auch deshalb so groß, weil sie es zugelassen hat, dass sich in manchen Städten des Ruhrgebiets wie Duisburg oder Gelsenkirchen rechtsfreie Räume gebildet haben. Die Zahl der Salafisten in unserem Bundesland hat sich seit Amtsantritt des Innenministers verfünffacht. Während die Zahl der Wohnungseinbrüche auf Rekordniveau gestiegen ist, bleibt die Aufklärungsquote bei Straftaten viel zu niedrig. Auch dafür trägt Innenminister Jäger die Verantwortung.

Er selbst spricht mit Blick auf Köln von Staatsversagen. Als Minister ist Herr Jäger Repräsentant des Staates in Sicherheitsfragen. Damit ist er ein Sicherheitsrisiko für dieses Land geworden.

Die Ministerpräsidentin muss nach ihrem tagelangen Schweigen nun schnell handeln und politische Konzepte für einen Kurswechsel in der Innen- und Rechtspolitik vorlegen. Sie muss entscheiden, ob der notwendige Neuanfang mit diesem Innenminister möglich ist. Wenn Frau Kraft öffentlich im Fernsehen feststellt, eine Entschuldigung bei den Frauen, die in der Silvesternacht durch die staatlichen Sicherheitskräfte im Stich gelassen wurden, helfe nichts, dann ist dies ein Schlag ins Gesicht aller Frauen, die ein Anrecht auf körperliche Unversehrtheit und Sicherheit haben. Der Staat – und in diesem Fall die Landesregierung – ist für die Sicherheit in unserem Land verantwortlich.

Wenn diese Sicherheitsbehörden des Landes zum erheblichen Schaden von hunderten von Frauen führen, dann wäre eine Entschuldigung für ein solches Versagen das Mindeste. Wo bleiben bei Frau Kraft das Ver-

ständnis und das Gespür für die Betroffenen? Gerade von einer Frau Ministerpräsidentin muss man mehr erwarten. Es ist unbegreiflich, wie diese Landesregierung mit den Vorfällen in Köln umgeht. Erst verleugnet Minister Jäger seine Verantwortung für die Polizei durch einen unsäglichen Vergleich mit der Gesundheitsministerin und ärztlichem Handeln und nun relativiert die Ministerpräsidentin die Bedeutung einer Entschuldigung. Schlimmer kann das Vertrauen der Bevölkerung in politisches Handeln kaum noch enttäuscht werden. Die CDU-Fraktion hat beantragt, dass Innenminister Jäger am 20.01.2016 einen Bericht im Frauenausschuss abgibt. Außerdem haben die Landtagsfraktionen von CDU und FDP einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu den Vorfällen in der Silvesternacht von Köln beantragt. Es braucht eine umfassende Aufarbeitung des Einsatzes selbst und der Rahmenbedingungen, die zu dieser Eskalation geführt haben. Nur so kann das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat zurückgewonnen werden. Das sind wir den Opfern schuldig.

[www.andrea-milz.de](http://www.andrea-milz.de)

## Aus der Ratsfraktion

# CDU-Fraktion spendete 14.000 € für gemeinnützige Institutionen

Von Dr. Klaus-Peter Gilles, CDU-Fraktionsvorsitzender

Wie schon seit vielen Jahren haben die Mitglieder der CDU-Fraktion auch in diesem Jahr insgesamt rund 14.000 € für die Arbeit gemeinnütziger Institutionen in Bonn zur Verfügung gestellt. Es handelt sich dabei um die Gelder, die nach der „Ehrenordnung der Bundesstadt Bonn“ von Fraktionsmitgliedern an die Fraktionen abgetreten und zur Förderung gemeinnütziger Zwecke eingesetzt werden. Die Streubreite an geförderten Vereinen, Organisationen und Initiativen ist wie jedes Jahr groß und deckt von der Förderung von Kinder- und Jugendvereinen über Karnevals- oder Sportvereine, die Freiwillige Feuerwehr bis hin zu Projekten der Seniorenförderung ein breites Spektrum ab.

Das Ereignis, welches im Jahresrückblick 2015 ganz sicher zur größten Herausforderung wurde und auch in diesem Jahr weiterhin Kräfte und Ressourcen in Anspruch nehmen wird, ist die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen in unserer Stadt. Neben den zahlreichen privaten und ehrenamtlichen

Aktivitäten, dem unermüdlichen Einsatz der Kirchengemeinden und einem vorausschauenden und überdurchschnittlichen Engagement der Stadtverwaltung, ist es auch dem Kreisverband des Deutschen Roten Kreuzes zu verdanken, dass dies alles in Bonn gelingt. Für die CDU-Fraktion war es deswegen auch selbstverständlich, dass eine Spende über 750,- € aus den 2015 erwirtschafteten Abtretungsgeldern auch an diese Organisation geht.

Daneben bekamen die Bonner Frauenhäuser „Hilfe für Frauen in Not e.V.“ und „Frauenhaus Bonn e.V.“ Spenden in Höhe von jeweils 2000 € sowie der Verein für Gefährdetenhilfe 500 € für ihre außerordentliche Flüchtlingsarbeit zur Verfügung gestellt.

Doch auch andere Bereiche wie der Tierschutz oder der Sport wurden nicht außer Acht gelassen. So bekam der Tierschutz Bonn und Umgebung e.V. eine Spende von 500 €. Im Bonner Tierheim „Albert Schweitzer“ werden die Tiere artgerecht untergebracht, liebevoll gepflegt und an interessierte Bürger vermittelt. Dies alles ist nur möglich mit einem

großen, ehrenamtlichen, personellen Einsatz. Aus dem Bereich Sport wurden die „Sportfreunde Ippendorf 1923 e.V.“ mit einer Spende von 200 € bedacht. In den letzten Jahren konnte der Verein nicht nur die Zahl seiner Mitglieder, sondern auch seine sportlichen Erfolge kontinuierlich steigern. Um nun auch den Spielern ein angemessenes Dach über dem Kopf zu geben, hat sich der Verein entschieden, die alte „Jupp Sauerborn Holzhütte“ neben dem Ippendorfer Sportplatz abzureißen und ein neues Vereinsheim zu bauen.

Darüber hinaus stellte die CDU-Fraktion drei Preise für die Ehrenamtspreisverleihung des CDU-Kreisverbandes Bonn am 3. Dezember 2015 zur Verfügung. Die Preisträger

- Pro Familia „Flüchtlingsprojekt“
  - Bonner Verein für Jugendförderung
  - Hospizverein Bonn e.V.
- wurden für ihre hervorragende Arbeit im „Ehrenamt“ gewürdigt. „Für die CDU-Ratsfraktion ist es eine Selbstverständlichkeit, ehrenamtliches Engagement zu unterstützen und verdiente Personen, Initiativen und Vereine,



Dr. Klaus-Peter Gilles, Fraktionsvorsitzender

die in der Vergangenheit herausragende ehrenamtliche Arbeit für Mitmenschen geleistet haben, auf diese Weise zu ehren“, so der Fraktionsvorsitzender Dr. Klaus-Peter Gilles. Eine genaue Liste der mit Geldspenden bedachten Vereine und Institutionen finden Sie im Internet unter:

[www.cduratsfraktion-bonn.de](http://www.cduratsfraktion-bonn.de)

## Standpunkt

# Integration und/oder Hilfe zur Rückkehr?

Von Nikolaus Kircher, Vorsitzender OV Plittersdorf

Was ist, wenn die Willkommenseuphorie abscillt, weil die Bürgerinnen und Bürger merken, dass wir mit den Aufgenommenen weder kulturell noch religiös und sozial eine wirkliche Verständigungsbasis haben und uns deren Mentalität fremd ist? Was ist, wenn sie sich nicht integrieren (wollen), wenn der Islam eine neue Schubkraft entwickelt und die Dankbarkeit der ersten Stunde in Forderungen und Unzufriedenheit umschlägt, wenn sich auf lange Sicht Parallelgesellschaften entwickeln, die nicht die Werte unserer Gesellschaft teilen? Zu diesen Fragen fühlte ich mich in einem Schreiben an die CDU-Bundesvorsitzende am 15. September 2015 verpflichtet, weil ich meine Erfahrung aus 10 Jahren Schulleitung deutscher Auslandsschulen (mit mehrheitlich arabisch-muslimischer Schüler- und Elternschaft)

in Ländern des Nahen- und mittleren Ostens einbringen wollte. Nüchterne Einschätzungen waren aber in den Monaten der Autosuggestion („Wir schaffen das“) offensichtlich nicht geschätzt.

Die Ereignisse von Köln und anderswo haben den Schleier unsanft weggezogen und die Wirklichkeit in ihrer vollen Komplexität offenbart, die man so bisher nicht wahr haben wollte und mit Sprachregelungen in Politik und Medien zu verdecken suchte. Heute zeigt sich die Notwendigkeit, die Lage neu zu beurteilen und bessere Schlüsse daraus zu ziehen und auch zu verhindern, dass die Diskussion auf die Straße verlagert wird. Die Krise zwingt uns zum Nachdenken über uns selbst und über die Zuwanderer. Wir müssen uns fragen, was wir bei allem guten Willen zu leisten in der Lage sind und welches Land wir in zehn bis zwanzig Jahren sein wollen.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Menschen in Not muss geholfen werden. Dies ist von vielen Bürgerinnen und Bürgern in überwältigender Weise getan worden. Aber es braucht eine Perspektive, die über die Augenblickshilfe hinaus geht. Deshalb müssen wir genau hinschauen und differenzieren lernen. Die zu uns kommen, sind kein monolithischer Block, sondern Menschen mit unterschiedlichen Herkunft und Beweggründen. Wer die Hilfe am dringendsten braucht, sind die Kriegsflüchtlinge. Kein Mensch verlässt seine Heimat ohne Not und wer sie verlassen muss, will, sobald es die Lage erlaubt, wieder zurückkehren. Deshalb kann diese Perspektive nicht nur „Integration“ oder gar „Zwangintegration“ sein. Integration hat immer etwas mit freier und bewusster Entscheidung zu tun und muss von dem Willen getragen sein, aktiv zu Erhalt und Entwicklung der aufnehmenden Ge-

sellschaft beizutragen und nicht nur an sozialer Sicherheit teilzuhaben. Deshalb muss den Flüchtlingen als Option die Hilfe zur Rückkehr geboten werden. Dafür muss sich unsere Außen- und Entwicklungspolitik neu aufstellen, sich für ein UN Mandat zur Stabilisierung der Krisengebiete einsetzen, den Auf- und Ausbau menschenwürdiger Lager in den an Syrien angrenzenden Ländern und den befreiten Gebieten betreiben, die Versorgung sicher stellen (ggf. über Luftbrücken) und Kräfte für die Ausbildung abstellen.

Die Herausforderungen beginnen erst, und keine Partei kann einen Paradigmenwechsel in der nationalen und internationalen Politik in gleicher Weise durchsetzen wie die CDU. Die Mainzer Erklärung des CDU Bundesvorstandes bekennt sich zu dieser Aufgabe. Alle Parteigliederungen sind gefordert, sich an der Umsetzung zu beteiligen.

Die in der Rubrik „Standpunkt“ veröffentlichten Texte geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für den Inhalt sind die jeweiligen Autor(inn)en verantwortlich. Bitte schreiben Sie uns auch Ihren Standpunkt! Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen ausdrücklich vor. Eine Gewähr für den Abdruck wird nicht übernommen.

# Flüchtlingspolitik und Geschehnisse von Köln

Von Dr. Claudia Lücking-Michel MdB

Die Nachrichten von massiven sexuellen Übergriffen auf Frauen und zahllosen Diebstählen in der Silvesternacht vor dem Kölner Hauptbahnhof sind erschreckend und für alle weiblichen Opfer zutiefst demütigend und herabwürdigend. Sie verstoßen nicht nur gegen das Gesetz, sondern auch gegen die Selbstbestimmung und Gleichberechtigung der Frau und damit gegen grundlegende Werte unserer freien Gesellschaft. In den Zuschriften, die ich zu diesem Thema in den vergangenen Tagen erhalten habe, wird viel miteinander vermischt – die allgemeine Sicherheitslage, die unerträglichen Gewaltexzesse gegen Frauen in Köln auf der einen Seite und die Flüchtlingsbewegung auf der anderen Seite. Das besorgt mich zutiefst. Ich warne davor, ganze Gruppen von Menschen unter Generalverdacht zu stellen. Menschen in Not sollen auf unsere Hilfe zählen können, Menschen aber, die unser Gastrecht missbrauchen, haben diesen Anspruch verwirkt!

Fakt ist: Die Bundesregierung wird nun schnell Konsequenzen nach den Übergriffen in Köln ziehen. Es muss so schnell wie möglich ein Gesetzespaket auf den Weg gebracht werden, mit dem der Staat deutlich macht, dass er alles unternimmt, um solche Formen der Gewalt künftig zu unterbinden. Ich begrüße daher die angekündigte Gesetzesinitiative unseres Bundesinnenministers de Maizière. Wenn ein Ausländer wegen bestimmter

Delikte – wie Körperverletzung, Tötung, Vergewaltigung, sexueller Nötigung oder Serienebstahl – zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt wird, soll er künftig mit seiner Ausweisung zu rechnen haben. Auch bei einer kürzeren Freiheitsstrafe wegen solcher Delikte soll eine Ausweisung prinzipiell möglich sein – egal ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt ist oder nicht.

Außerdem muss nun endlich die geplante Verschärfung des Sexualstrafrechts vorgenommen, die Polizei verstärkt und die Videoüberwachung ausgeweitet werden. Hinsichtlich der Stärkung der Polizei hat der Bund schon den Anfang gemacht und die Bundespolizei von 2016 bis 2018 um 4000 Beamte aufgestockt. Nun müssen auch die Länder – allen voran NRW – hier nachlegen. Mit unserem Koalitionspartner beraten wir auch darüber, eine Residenzpflicht für anerkannte Flüchtlinge einzuführen, damit sie nicht in großer Zahl in die Großstädte ziehen und sich dort „Ghettos“ bilden.

Am 14. Januar 2016 haben wir außerdem im Bundestag ein Gesetz beschlossen, welches den Austausch der Daten von Asyl- und Schutzsuchenden sowie Personen, die unerlaubt nach Deutschland einreisen oder sich unerlaubt aufhalten, zwischen den beteiligten Stellen verbessert. Wir erreichen so eine dringend notwendige Verbesserung der Erfassung und des Austausches der Daten von Asylbewerbern, wodurch Mehrarbeit vermie-



Dr. Claudia Lücking-Michel MdB

den und Abläufe weiter beschleunigt werden können.

Aber wir können in Berlin so viele Gesetze machen, wie wir wollen. Sie müssen auch im Land umgesetzt werden. Und da hapert es gewaltig – vor allem auch in NRW. Wir hatten im November 10.000 Flüchtlinge täglich, zurzeit kommen 3000 bis 4000. Das ist aufs Jahr gesehen immer noch zu viel. Abgelehnte Bewerber müssen dringend rascher abgeschoben werden. Hier ist nicht der Bund gefordert. Hier müssen Länder wie NRW und Rheinland-Pfalz deutlich nachlegen. In NRW haben wir aber leider einen Innenminister, der den Kölner Polizeipräsidenten

Wolfgang Albers opfert und seine eigene Mitschuld am Versagen der Kölner Polizei kategorisch von sich weist. Herr Jäger setzt sich somit gnadenlos von einer ihm untergeordneten Behörde und seinen Bediensteten ab – um seine eigene Haut zu retten. Dabei wäre es längst an der Zeit, dass Herr Jäger seinen Hut nimmt. Ich erinnere nur an die Vorkommnisse im Herbst 2014, als Wachmänner Flüchtlinge in der Landesunterkunft in Burbach misshandelten. Schon hier hatte sich der NRW-Innenminister gravierende Mängel geleistet. Der Fall des straffälligen Asylbewerbers von Recklinghausen, der mit mehreren falschen Identitäten unterwegs war und bei der Attacke vor einer Pariser Polizeistation erschossen wurde, zeigt obendrein, dass es ein wesentlich größeres Sicherheitsproblem gibt.

Fakt ist auch: Ein Andauern des aktuellen Zustands würde Staat und Gesellschaft, auch in einem Land wie Deutschland, auf Dauer überfordern. Daher muss die Zahl der Flüchtlinge spürbar reduziert werden. Das ist die Meinung der Kanzlerin.

Das ist die Meinung der CDU. Außengrenzen besser schützen sowie Schleuser bekämpfen sind u.a. Mittel, um den Flüchtlingsstrom einzudämmen. Die CDU hat auch deutlich gemacht, dass abgelehnte Asylbewerber schneller zurückzuführen sind. Ich bin zuversichtlich, dass der Koalitionspartner jetzt diese Maßnahmen mittragen wird.

[www.luecking-michel.de](http://www.luecking-michel.de)

## Aus dem Europaparlament

# Flüchtlingspolitik: Die Herausforderung annehmen und echte Perspektiven schaffen!

Von Axel Voss MdEP

60 Millionen Menschen sind geschätzt zurzeit weltweit auf der Flucht vor politischer Verfolgung, Krieg, Armut und Perspektivlosigkeit. Zahlreiche Flüchtlinge suchen Schutz und Hilfe bei uns in Europa. Prognosen sagen voraus, dass dies auch die nächsten Jahre so sein wird. Eine gewaltige Herausforderung bewegt uns damit auf europäischer, auf Bundes- und Landesebene und vor allem vor Ort in den Kommunen. Zentral für unsere Politik muss sein: Respektvolles, effizientes und nachhaltiges Handeln! Wir stehen in der Pflicht, für Regeln und Rahmenbedingungen zu sorgen, die der Situation der Flüchtlinge gerecht werden. Richtig ist, die Flüchtlinge zu retten, die sich in Gefahr begeben und versuchen, Europa mit Booten zu erreichen. Doch es muss alles daran gesetzt werden, dass es dazu erst gar nicht kommt.

Bei dieser hohen Anzahl von Flüchtlingen ist ebenso wichtig, dass die Politik auch hinsichtlich der Konsequenzen der Aufnahme (Erlernen der deutschen Sprache, Bildung, Ausbildung und Zugang zum Arbeitsmarkt, Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, Kitas, Grundschulen, Wohnungen etc.) vorausschauender werden muss. Die nachhaltige Integration von Flüchtlingen, die bei uns dauerhaft bleiben, muss als politische Priorität auf allen Ebenen verankert werden, damit die Menschen schnellstmöglich ein

selbstbestimmtes Leben führen können.

Damit werden wir auch den Sorgen der Bürgerinnen und Bürger, die sich momentan jedenfalls noch nicht ausreichend informiert fühlen über die Art und den Umfang der Flüchtlingshilfe gerecht.

Nur gemeinsames europäisches Handeln kann eine wirkungsvolle Flüchtlingshilfe sein. Daher fordern wir von der Europäischen Kommission, dass ...

1. sie sich für den Frieden in den Krisenländern, insbesondere in Syrien mit allen ihr zur Verfügung stehenden diplomatischen Mitteln einsetzt.
2. diese endlich dafür Sorge trägt, dass in den europäischen Erstaufnahmeländern, also dort wo die Flüchtlinge zuerst europäischen Boden betreten – wie Italien, Griechenland, Malta –
  - a) strukturierte Registrierungen vorgenommen werden,
  - b) eine Weiterreise nur mit zulässigen Papieren möglich wird,
  - c) für menschenwürdige Bedingungen bei der Erstaufnahme gesorgt wird,
  - d) zur Bewältigung dieser Aufgaben europäische Gelder aber auch europäische personelle Ressourcen verstärkt eingesetzt werden.
3. sie eine neue Struktur der Entwicklungshilfe erarbeitet, damit finanzielle Hilfe gezielt eingesetzt werden kann, um Bedingungen in den Herkunftsländern zu erzielen, die die Menschen erst gar nicht dazu veranlassen, ihr Land zu verlassen. Die EU muss Entwicklungszusammenarbeit zu einem Schwerpunkt ihrer Außenpolitik machen. Nur wenn es zu einer erheblichen Verbesserung der Bildungs- und Erwerbschancen in den Ländern Afrikas und des Nahen Ostens kommt, wird der Migrationsdruck vermindert werden.
4. sie die strikte Einhaltung des Schengener Vertrags durchsetzt. Bei allem Verständnis für die Notsituation der Erstaufnahmeländer darf die Nichtbeachtung der Vorschriften nicht geduldet werden, weil sonst die anderen Mitgliedstaaten zu Maßnahmen wie z.B. nationalen Grenzkontrollen gezwungen werden könnten, die den Schengener Vertrag und damit die europäische Freizügigkeit als eine der wichtigsten Errungenschaften der EU in Frage stellen könnten.
5. sie sich für stärkere Finanzhilfen für die Länder rund um die Kriegsgebiete (bspw. Türkei) und für besseren Zugang der Flüchtlinge zu Arbeitsmarkt und Bildung in diesen Ländern einsetzt.
6. sie dafür sorgt, Flüchtlingsströme zu beobachten und zu analysieren.
7. sie dafür sorgt, dass Schleppernetzwerke konsequent zerstört werden.
8. europäische Flüchtlings- oder Asylanlauf-



stellen mit Beratung innerhalb und außerhalb der EU errichtet sowie die Standards zur Identifizierung von Flüchtlingen und Asylsuchenden rechtlich und technisch vereinheitlicht werden.

9. sie dem Vorschlag der EU-Kommission 2015 folgend eine faire Quote zur Aufnahme von Flüchtlingen in den Mitgliedstaaten durchsetzt. Eine gerechte Verteilung der Flüchtlingsströme auf alle EU-Mitgliedsländer muss ein selbstverständlicher Teil der gemeinsamen europäischen Verantwortung werden.
10. zusammen mit den EU-Mitgliedstaaten eine einheitliche Liste von sicheren Herkunftsländern erstellt wird. Asylanträge aus Ländern mit gefestigten Demokratien müssen grundsätzlich abgelehnt werden.
11. sie sich für einheitliche Asylstandards in ganz Europa einsetzt.

[www.axel-voss-europa.de](http://www.axel-voss-europa.de)

## Aus dem Kreisverband

# Aufstellungsverfahren zur Landtags- und Bundestagswahl 2017

Im Mai 2017 sind die Bürgerinnen und Bürger in NRW aufgerufen, einen neuen Landtag zu wählen. Im Herbst stehen dann die Wahlen zum Deutschen Bundestag an. Der Kreisvorstand der Bonner CDU hat in seiner Sitzung vom 18. November 2015 folgendes Verfahren beschlossen:

Gemäß § 6 Verfahrensordnung der CDUNRW können Kandidatenvorschläge schriftlich von jedem Mitglied der CDU und den Vorständen des Kreisverbandes sowie der Stadtbezirks- und Ortsverbände in der Kreisgeschäftsstelle eingereicht werden. Ein entsprechendes Formular kann dort ange-

fragt werden.

Alle Vorschläge, die bis zum 31. März 2016 eingehen, werden bei den Vorstellungveranstaltungen der Stadtbezirksverbände berücksichtigt. Diese werden im zweiten Quartal, also bis zum 30. Juni 2016, stattfinden.

Die Aufstellung der Kandidaten für die Landtags- und Bundestagswahl erfolgt am 3. September 2016 gemäß § 37 Absatz 3 unserer Kreisverbandsatzung in einer gemeinsamen Aufstellungsversammlung, zu der alle in Bonn wahlberechtigten CDU Mitglieder eingeladen werden.

## Arbeitskreise

### AK Innere Sicherheit

**Mi. 9.3., 19:30 h: Sicherheit bei Großveranstaltungen**

Diskussionsveranstaltung mit Ministerialdirektor Prof. Dr. Wolf-Dieter Lukas, Leiter der Abteilung Schlüsseltechnologien, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Kreisgeschäftsstelle, Carl-Troll-Str. 63.

### AK Soziale Marktwirtschaft

**Do. 3.3., 19 h: TTIP - Was sind Chancen und Risiken für die mittelständische Wirtschaft?**

Diskussionsveranstaltung gemeinsam mit der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung, Kreisgeschäftsstelle, Carl-Troll-Str. 63.

### AK Sozialpolitik

**Mo. 15.2., 20:15 h: Mitgliederoffene Vorstandssitzung**, Haus Daufenbach, Brüdergasse 6.

### Claudia Lücking-Michel

**Mi. 10.2., 16 h: 67. Bürgersprechstunde**

Wahlkreisbüro, Markt 7.

**Mo. 29.2., 16 h: 68. Bürgersprechstunde**

Wahlkreisbüro, Markt 7.

**Mo. 7.3., 16 h: 69. Bürgersprechstunde**

Wahlkreisbüro, Markt 7.

**Mo. 7.3., 19 h: Bundesstadt, bunte Stadt, buntes Land - Zuwanderung meistern, Integration fördern**

Diskussionsveranstaltung: Referenten: Georg Fenninger (DRK), Dr. Claudia Lücking-Michel MdB, Dr. Ludger Gruber (KAS), Cigdem Toprak (WELT) Dr. Barbara Huber-Rudolf (Bistum Mainz), Deutsche Welle, Kurt-Schumacher-Str. 3.

**Mo. 4.4., 16 h: 70. Bürgersprechstunde**

Wahlkreisbüro, Markt 7.



## Bonn

### OV Auerberg | Graurheindorf

**Sa. 19.3., 10 h: Osteraktion**

mit Stv. Jürgen Wehler, Kaisers, Kölnstr. 488.

**Sa. 19.3., 11:30 h: Osteraktion**

mit Stv. Jürgen Wehler, Auerberger Mitte.

### OV Bonn-Castell

**Mi. 3.2., 18:30 h: Wirtschaftsentwicklung in Bonn**

mit Stv. Jürgen Wehler und Stv. Christoph Jansen, Restaurant Peru, Graurheindorfer Str. 61.

**Mi. 2.3., 18:30 h: Politische Diskussionsrunde**

mit stellv. BBM Wolfgang Maiwaldt und Bzv. Kristina Heß, Restaurant Peru, Graurheindorfer Str. 61.

**Sa. 26.3., 11 h: Osteraktion**

Seniorenheim Augustinum, Römerstr. 118.

### OV Dransdorf

**Sa. 6.2., 14 h: Gemeinsamer Besuch Karnevalszug Dransdorf**

mit Oberbürgermeister Ashok Sridharan, Stv. Jürgen Wehler, Stv. Christian Steins, Stv. Holger Henges, Treffpunkt: Bendenweg 63.

**Di. 9.2., 19 h: Politischer Stammtisch**

mit Stv. Holger Henges, Lambertusstube, Lambertusweg 1.

**Di. 8.3., 19 h: Politischer Stammtisch**

mit Stv. Holger Henges, Lambertusstube, Lambertusweg 1.

### OV Poppelsdorf

**Mi. 3.2., 19:30 h: Offene Vorstandssitzung**

mit Stv. Christian Steins, Planet Hellas, Clemens-August-Str. 81.

**So. 7.2., 12 h: Poppelsdorfer Karneval**

Teilnahme am Poppelsdorfer Karnevalszug. Infos und Anmeldung unter: mail@christian-herbert-steins.de

**Mi. 17.2., 19:30 h: Mitgliederversammlung**

mit Neuwahl des Vorstands, Planet Hellas, Clemens-August-Str. 81.

**Mi. 2.3., 19:30 h: Konstituierende mitgliederoffene Vorstandssitzung**

und politisches Gespräch, mit Stv. Christian H. Steins, Planet Hellas, Clemens-August-Str. 81.

### OV Röttgen / Ückesdorf

**Do. 18.2., 19 h: Bonner Haushalt - Quo vadis?**

mit Stv. Birgitta Jackel, Finanzpolitikerin der Ratsfraktion, Pfarrsaal der Kirche Christi Auferstehung, Herzogsfreudenweg 25.

**Mi. 24.2., 19 h: Politischer Stammtisch**

Gasthof Butscheids, Hubertusstr. 1.

**Mi. 16.3., 19 h: Politischer Stammtisch**

CDU-Stammtisch beim TC Röttgen am Katzenlochbach 15.

### OV Venusberg / Ippendorf

**Di. 1.3., 19:30 h: Halbzeitbilanz im Bundestag**

Dr. Claudia Lücking Michel, MdB. Haus Venusberg, Kleiner Saal, Haager Weg 28-30.



## Beuel

### OV Beuel-Mitte

**Mo. 15.2., 19:30 h: Mitgliederoffene Vorstandssitzung**

Rathaus Beuel, Raum A 116, Friedrich-Breuer-Str. 65.

**Di. 8.3., 19:30 h: Mitte(!)Punkt**

mit Dr. Claudia Lücking-Michel MdB, Thema: Gesellschaft und Gemeinschaft in Deutschland

– was hält uns zusammen?, Restaurant Dante, Brückenforum Beuel.

**Sa. 19.3., 10 h: Ostereier-Verteilaktion**

Rathaus Beuel, Friedrich-Breuer-Str. 65.

Roleber, Siebengebirgsstr. 181.

**Sa. 26.3., 11 h: Osteraktion**

Kaiser's, Paul Langen Str.

### OV LiKüRa / Beuel-Süd

**Mo. 22.2., 19:30 h: Offene Vorstandssitzung**

Rathaus Beuel, Raum 116, Friedrich-Breuer-Str. 65.

### OV Oberkassel

**Do. 3.3., 19:30 h: Offene Vorstandssitzung**

mit Vortrag von Dr. Claudia Lücking-Michel MdB, Gaststätte En D'r Schmied, Königswinterrer Str. 645.



## Hardtberg

### OV Duisdorf

**Di. 16.2., 19 h: Mitgliederoffene Vorstandssitzung**

Musikschule, Villemombler Str. / Schieffelingsweg.

**Sa. 20.2., 10:30 h: Infostand - Bürgersprechstunde**

mit Mandatsträger aus Stadtrat und Bezirksvertretung Hardtberg, Marktplatzbrunnen, Rochusstr./Am Schickshof.

**Mi. 16.3., 19 h: Mitgliederversammlung**

Jugendzentrum St. Martin; Heilsbachstr.

**Sa. 26.3., 10:30 h: Bürgersprechstunde mit Osteraktion**

mit Mandatsträgern aus Stadtrat und Bezirksvertretung Hardtberg, Marktplatzbrunnen, Rochusstr./Am Schickshof.



## Bad Godesberg

### Bezirksverband Bad Godesberg

**Sa. 20.2., 10:30 h: Infostand**

Theaterplatz.

**Sa. 26.3., 10:30 h: Osteraktion**

und Bürgersprechstunde, Theaterplatz.

### OV Friesdorf

**Di. 16.2., 20:15 h: Politischer Stammtisch.**

100 Tage neuer OB, mit Stv. Alfred Giersberg und Bzv. Sarah Cziudaj, Gaststätte Huth, Annaberger Str. 150.

**Sa. 27.2., 10 h: StandPunkt**

mit Stv. Alfred Giersberg und Bzv. Sarah Cziudaj. Klufferplatz.

**Di. 8.3., 20:15 h: Politischer Stammtisch.**

Thema „Flüchtlinge in Friesdorf“, mit Stv. Alfred Giersberg und Bzv. Sarah Cziudaj, Gaststätte Huth, Annaberger Str. 150.

**Sa. 26.3., 10 h: StandPunkt mit Ostereier Aktion**

mit Stv. Alfred Giersberg und Bzv. Sarah Cziudaj, Klufferplatz.

### OV Hochkreuz

**Sa. 26.3., 10:30 h: Ostereieraktion und Bürgergespräch**

mit Bzv. Elke Melzer, Edeka, Langer Grabenweg.

### OV Mehlem

**Sa. 27.2., 13 h: Politischer Stammtisch**

Café Mehr, Mainzer Str. 199.

**Sa. 26.3., 11 h: Politisches Ostergespräch**

mit Stv. Jan Claudius Lechner, zur Neugestaltung des Mehlemer Marktplatzes, Mehlemer Marktplatz.

### OV Muffendorf/Heiderhof

**Fr. 26.2., 18 h: Politischer Stammtisch**

mit Stv. Christoph Jansen, Restaurant Heiderhöfchen, Sommerbergweg 4.

### OV Plittersdorf

**Mi. 10.2., 19 h: Bürgertreff**

Thema: Mainzer Erklärung des Bundesvorstandes, Am Schaumburger Hof 10.



## Vereinigungen

### Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA)

**Mo. 15.2., 20:15 h: Offene Vorstandssitzung**

Haus Daufenbach, Brüdergasse 6.

**Mo. 15.2., 20:15 h: Gründungsversammlung Junge CDA**

Restaurant Haus Daufenbach, Brüdergasse 6.

**Mo. 7.3., 20:15 h: CDA Stammtisch für und mit CDU Betriebsgruppen**

Thema: Bonn ist eine gute Stadt für einen Arbeitsplatz, Gasthaus Daufenbach, Brüdergasse 6.

### Evangelischer Arbeitskreis Kreisverband Bonn

**Di. 1.3., 19:30 h: Halbzeitbilanz im Bundestag**

mit Dr. Claudia Lücking Michel MdB, Haus Venusberg, Kleiner Saal, Haager Weg 28-30.

### Junge Union Kreisverband Bonn

**Di. 5.4., 19 h: Halbzeitbilanz im Bundestag**

Vortragsveranstaltung mit Dr. Claudia Lücking-Michel MdB, Kreisgeschäftsstelle, Carl-Troll-Str. 63.

### Frauen Union Kreisverband Bonn

**Mi. 23.3., 19 h: Mitgliederoffene Vorstandssitzung**

mit Gastvortrag von Dr. Claudia Lücking-Michel MdB, zur Halbzeitbilanz, Kreisgeschäftsstelle, Carl-Troll-Str. 63.

### Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung Kreisverband Bonn

**Mi. 3.2., 18 h: Politischer Stammtisch**

Gaststätte Salvator, In der Sürst 5-7.

**Mi. 2.3., 18 h: Politischer Stammtisch**

Gaststätte Salvator, In der Sürst 5-7.

### Senioren Union STBZ Bad Godesberg

**Do. 11.2., 15:30 h: Erlebnis Weltraum - Ein anderes Bild der Erde**

Vortragsveranstaltung mit dem deutschen Astronaut Gerhard Thiele, Stadthalle Bad Godesberg, Koblenzer Str. 80.

**Mi. 16.3., 16 h: Aktuelle Herausforderungen in Bad Godesberg**

mit Bezirksfraktionsvorsitzendem Philipp Lerch, Stadthalle Bad Godesberg, Koblenzer Str. 80.

### CDU-Kleiderstube

**Öffnungszeiten: Montag und Donnerstag von 13:00 bis 18:00 Uhr,**

Bonn-Beuel, Kreuzstr. 16, Tel. 46 21 00.

## Vorstandswahlen

### OV Endenich

Vorsitzender: Stefan Müller; Stellvertreter: Markus Schuck; Schriftführer: Peter Lesclinier; Orgaleiter: Johannes Klemmer; Beisitzer: Jutta Boley, Heinrich Spieker.

### OV Röttgen/Ückesdorf

Vorsitzender: Peter Spyra; Stellvertreter: Prof. Dr. Karl Broich; Schriftführer: Christoph Wahlefeld; Beisitzer: Jens Altenburg, Dr. Petra Broich, Gustav Jan Haltorf, Hans Joachim Hövelmann, Dr. Klaus Imhoff, Dr. Philip Rosin.

### Impressum

Union Kurier, Mitgliederzeitung des CDU-Kreisverbandes Bonn  
Herausgeber: CDU-Kreisverband Bonn  
Carl-Troll-Straße 63, 53115 Bonn  
Tel.: 917780  
Fax: 9177888  
Homepage: <http://www.cdu-bonn.de>  
e-mail: [unionkurier@cdu-bonn.de](mailto:unionkurier@cdu-bonn.de)  
Bank: Sparkasse KölnBonn  
BIC: COLSDE33XXX  
IBAN: DE19370501980031026008  
Verlag: Infobonn print GmbH,  
Postfach 12 03 05  
53045 Bonn  
Redaktion: Stephan Masseling (v.i.S.d.P.),  
Rosemarie Heckmann, Gunnar Gmilkowsky  
Fotos: CDU Bonn  
Der Bezugspreis ist im Mitgliederbeitrag abgegolten.  
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.  
**Hinweis:** Der Union Kurier enthält Termine und Informationen zu allen Veranstaltungen innerhalb des CDU-Kreisverbandes Bonn. Einladungen versendet die CDU-Kreisgeschäftsstelle nur zu Mitgliederversammlungen mit Neuwahlen.